

Stand: 29.12.2025 19:39:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2652

"Großstädte entschlacken - was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2652 vom 14.07.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4686 des HA vom 04.12.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014
4. Beschluss des Plenums 17/5037 vom 29.01.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD**

Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einen detaillierten Bericht über die Möglichkeiten der Entwicklung des ländlichen Raums vorlegt.

Dabei soll er besonders auf die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der regionalen Entwicklungspläne, die Auslagerung von Behörden und die „Entschlackung“ von Großstädten eingehen, insbesondere wie er die kommunale Planungshoheit einzuschränken gedenkt.

Begründung:

Staatsminister Dr. Söder erklärte auf dem am 12. Mai 2014 in Eichstätt stattgefundenen Finanzempfang, dass er beim Finanzausgleich zwischen Stadt und Land Handlungsbedarf sehe. Er wolle dazu die Großstädte „entschlacken“ und die Maßstäbe in den regionalen Entwicklungsplänen genauer überprüfen. Welche genauen Vorstellungen er zu diesem Thema hat, ließ er dabei offen, so dass eine genauere Klärung der zukünftigen Ziele des Finanzministers in diesem Bereich notwendig ist.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein,
Reinhold Strobl SPD**
Drs. 17/2652

**Großstädte entschlacken - was soll das heißen,
worauf müssen sich die Städte einstellen?**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Herbert Kränzlein**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 3. Dezember 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2014 mitberaten und einstimmig in folgender Fassung Zustimmung empfohlen:

**„Entwicklung des ländlichen Raums mit
den Instrumentarien des kommunalen
Finanzausgleichs**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einen detaillierten Bericht über die Möglichkeiten des ländlichen Raums mit den Instrumentarien des kommunalen Finanzausgleichs vorlegt.“

Peter Winter
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 22)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl (SPD) betreffend "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?", Drucksache 17/2652, ist von der Tagesordnung abzusetzen. Er soll erst im Plenum am 29. Januar 2015 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 22)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 14)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!
 Drs. 17/723, 17/4451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Querschnittsförderung der Betreuungsvereine erhöhen – Ehrenamt stärken
 Drs. 17/2287, 17/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sonderlösung Anwärter Forstdienst
Drs. 17/2410, 17/4649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD
Großstädte entschlacken – was soll das heißen,
worauf müssen sich die Städte einstellen?
Drs. 17/2652, 17/4686 (A) [X]

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Einstellungsangebot für junge Lehrerinnen und Lehrer
Drs. 17/2676, 17/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!
Drs. 17/2766, 17/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moratorium bei TTIP-Verhandlungen nach neuer Spionageaffäre
Drs. 17/2767, 17/4590 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aufnahme des Bairischen und bayerisch-fränkischer bzw. schwäbischer
Mundarten in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen
Drs. 17/2770, 17/4592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike,
Bernd Kränzle u.a. CSU
Basiskonten für Menschen mit geringem Einkommen
Drs. 17/2845, 17/4662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum LehrplanPLUS an Grundschulen
Drs. 17/3095, 17/4616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bestrafung von Vergewaltigungen
Drs. 17/3210, 17/4671 (A)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Oliver Jörg u.a. CSU
Förderung der Medienkompetenz an Schulen
und in der außerschulischen Jugendarbeit
Drs. 17/3311, 17/4657 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU)
Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!
Drs. 17/3361, 17/4659 (G)

**Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A

14. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Halal aus Bayern – Chancen für heimische Erzeuger nutzen
Drs. 17/3369, 17/4680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Engerlingplage in Obstanbaubetrieben – Sicherung der Arbeitsplätze
in den bäuerlichen Familienbetrieben
Drs. 17/3396, 17/4681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Angelika Schorer,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Aktionsjahr Waldnaturschutz
Drs. 17/3414, 17/4682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualifizierte Ersthilfe vor Ort durch First Responder fördern
Drs. 17/3543, 17/4656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Zukunft der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und Europa
Drs. 17/3654, 17/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern
Drs. 17/3799, 17/4507 (E)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführung beenden – Landtag entscheidet über gesamten Staatshaushalt
Drs. 17/4179, 17/4570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zu den Ergebnissen des Kommunalgipfels
Drs. 17/4178, 17/4582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sportförderung Curling unbedingt erhalten!
Drs. 17/4182, 17/4583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Dem Curling Chancen für die Zukunft geben!
Drs. 17/4196, 17/4577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur weiteren Entwicklung des Bundesstützpunkts Curling in Füssen
Drs. 17/4197, 17/4578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl ernst nehmen: Mehr Masterstudienplätze schaffen und Übergang Bachelor / Master erleichtern
Drs. 17/325, 17/4663

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie
Drs. 17/3715, 17/4658

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

27. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern
Drs. 17/4074, 17/4684

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

28. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Angelika Weikert, Martin Güll u.a. SPD
Unterrichtsversorgung von dezentral untergebrachten Flüchtlingskindern und -jugendlichen sicherstellen
Drs. 17/4079, 17/4685

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Umsetzung der Evaluation der Polizeireform bei den Präsidien
Drs. 17/4323, 17/4653

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl**
SPD

Drs. 17/2652, 17/4686

Großstädte entschlacken - was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Hans Herold

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Ganserer

Staatssekretär Albert Füracker

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl (SPD)

Großstädte entschlacken - was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen? (Drs. 17/2652)

Hierzu darf ich als Erstem dem Kollegen Dr. Kränzlein für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine dankbare Zeit, wenn man jetzt zu diesem Thema sprechen darf. Der vorliegende Antrag "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?" wurde in drei Ausschüssen beraten und hat im Wirtschaftsausschuss eine Modifikation erfahren. Da ging es vor allem um das Instrumentarium im kommunalen Finanzausgleich.

Der Antrag hat eine Vorgeschichte. Minister Söder war in bekannter Art in eigener Sache auf Werbetour. Die Ich-AG Söder hat in Eichstätt von sich gegeben, dass in den Großstädten und im Umland der Großstädte alles zu einfach ginge. Alles wäre dort möglich, während im ländlichen Raum besonders strenge Maßstäbe angelegt würden. Er hat deswegen gefordert, die Großstädte zu entschlacken und dann gesagt, er wolle schauen, was ihm über die regionalen Entwicklungspläne noch einfalle, um den kleineren Kommunen zu helfen. Ihm ist einiges eingefallen. Er hat damals noch gemeint, dass der Unterschied zwischen den Städten und dem Land riesengroß sei. Vorgestern hat er andere Einsichten bekommen.

Was ihm eingefallen ist, ist unter anderem: Ausweisung von Gewerbegebieten an Bundesstraßen und Autobahnausfahrten, Verzicht auf das Anbindungsgebot, Erleichterung beim Bau von Ferienhotels und touristischen Einrichtungen usw. Alles das stärkt leider nicht die kommunale Selbstverwaltung, sondern schwächt sie und führt zu Genehmigungszwängen, zu Wildwuchs, zu Zersiedelung und Verödung der Innenstädte.

Das sage nicht ich alleine, obwohl ich es aus kommunalpolitischer Erfahrung mit einigen Beispielen belegen könnte. Das sagt für den Städtetag zum Beispiel Städtetagpräsident Ulrich Maly. Er sagt das sicher nicht als Parteipolitiker, sondern streng abgestimmt mit seinem Präsidium. Er sagt, das Programm Heimat 2020 ziele völlig einseitig auf den ländlichen Raum. Städte und Gemeinden in den Ballungsräumen blieben davon ausgeschlossen. Da laufe etwas falsch. Heimat sei nicht nur der ländliche Raum, sondern auch die Stadt.

Wenn Sie dem Herrn Maly nicht folgen wollen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dann hören Sie vielleicht auf den einen oder anderen Umweltpolitiker aus Ihrer Partei. In Ihren Kreisen wird über das Programm Söder als die Zerstörung der bayerischen Kulturlandschaft gesprochen. Ein wörtliches Zitat hat mir besonders gut gefallen: "Es hat etwas Maßloses an sich, weil damit das Gesicht Bayerns umgeprägt wird." Das sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel. Er spricht von einer Amerikanisierung des Freistaates.

Eigene Leute sind immer die besten Kritiker, weil sie sich bei der Kritik nicht so leicht tun. Tatsächlich geht es um eine generalstabsmäßige Demontage der kommunalen Versorgungsstruktur in den Städten und auf dem Land. Der Online-Handel vernichtet den Einzelhandel und die mittelständische Produktion. Die Aufgabe des Anbindungsgebots für Gewerbegebiete führt zur Zersiedelung und richtet sich gegen die organische Entwicklung. Die Nahversorgung durch überdimensionierte Discounter in Barackenarchitektur verschönert unsere Landschaft und unsere Städte mit Sicherheit nicht. Die Nahvermarktung und die Dorfläden gehen den Bach hinunter. Zumindest geht ihnen die Luft aus. Darum haben Sie Widerstand bei den Naturschutzverbänden, beim Landesverband für Heimatpflege, bei der Akademie Ländlicher Raum und bei Kommunalpolitikern aus allen Lagern.

Die SPD-Fraktion steht auf der Seite dieser Letztgenannten. Söder reißt hier unnötig Gräben auf, erkennt nicht nur die Bedarfe in Stadt und Land, sondern auch die spezifischen Wertschöpfungspotenziale der jeweiligen kommunalen Strukturen. Ich könnte

dies lange ausführen. In seiner Vorstellung von Landesentwicklung liegt ein schwerwiegender Mangel. Es gibt in der CSU vernünftige Leute, auf die Sie hören sollten. Ich nenne nur den Alterspräsidenten und Ehrenpräsidenten des Städtetags, Dick Deimer. Er schimpft auf diese Politik. Die einseitige Söder'sche Ausrichtung, Beispiel Nordbayern-Initiative, provoziere eine unnötige Nord-Süd-Rivalität, sagt er. Die Bedarfe aller Bürger überall in Bayern, dies müsse der Maßstab sein. Halten Sie sich mehr an Herrn Deimer und weniger an Ihren Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt nicht den städtischen und den ländlichen Raum. Wir haben viele unterschiedliche Räume mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Diesen Herausforderungen müssen wir unterschiedlich begegnen.

Ich möchte noch kurz über das Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich sprechen, weil es darum geht. Dabei geht es nicht um die Frage, ob der heutige Finanzausgleich gut oder schlecht ist. Hier geht es um die Zukunft. Dazu gibt es ein Gutachten, das schlichtweg nicht vorgestellt, sondern unter der Decke gehalten wird. Herr Herold wird gleich erzählen, dass dies alle gewollt hätten. Dies war jedoch notwendig, da dieses Gutachten bei der Einwohnerveredelung eindeutig für die großen Städte gesprochen hat. Das hat damals nicht ins Bild gepasst, obwohl man heute weiß, was aus dem gestrigen Bericht des Ministers hervorgegangen ist, nämlich dass es den Städten keineswegs so überragend gut geht. Darum sollte dieses Gutachten verändert werden. Man kann Gutachten um Gutachten machen und irgendwann einmal ein Auftragsgutachten bestellen. Wichtig wäre, dass wir hier im Parlament darüber sprechen.

Deshalb haben wir darum gebeten, dass der Minister einmal im Haushaltsausschuss darüber berichten sollte. Das haben Sie im Haushaltsausschuss selbst abgelehnt und gesagt, im Frühjahr 2016 würde darüber geredet. Dies ist eine Verschiebetaktik, die kein Mensch versteht, die weder sachgerecht noch transparent ist. Der Zeitpunkt 2016 ist viel zu spät, weil das Parlament dann bei diesem Gutachten nicht mitreden kann.

Schließlich soll dieses Gutachten zu einem neuen Finanzausgleich führen, der gerechter als der heutige sein soll.

Ich kann Sie deshalb nur bitten: Folgen Sie dem einstimmigen Beschluss des Wirtschaftsausschusses über den Antrag in der modifizierten Form. In dieser Fassung werden Sie wohl zustimmen können. Sie sind mit Herrn Söder bei der Landesentwicklung auf dem Holzweg. Sie können aber jetzt noch die Weichen stellen. Tun Sie dies zusammen mit uns allen im Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat Herr Kollege Herold. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine klare Aussage: Wir sind mit unserem Finanzminister auf keinem Holzweg, sondern auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

In der Überschrift des Antrags der SPD heißt es "Großstädte entschlacken". Sie alle wissen, dass der Begriff "entschlacken" unterschiedliche Bedeutungen haben kann. Sie haben die Frage gestellt, was das heißen soll und worauf sich die Städte einstellen sollen. Herr Kollege Dr. Kränzlein, ich kann Ihnen sagen: Die bayerischen Städte und die bayerischen Gemeinden können sich auf eine sehr, sehr gute Zukunft einstellen, auch aufgrund der Heimatstrategie der Staatsregierung. Dies gilt sowohl für unsere Großstädte als auch für unsere Gemeinden.

Ich muss ehrlich sagen, ich war ein bisschen verwundert über Ihren Antrag und Ihre Fragen; denn die Antworten darauf können Sie in den Broschüren des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat finden. Im September 2014 wurde beispielsweise eine Veröffentlichung unter dem Titel "Heimatstrategie – Starke Zukunft für Stadt und Land" herausgebracht. Außerdem finden Sie die

Antworten auf Ihre Fragen in der Regierungserklärung unseres Staatsministers Dr. Söder vom November 2014.

Meine Damen und Herren, ich möchte gleich ankündigen, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Er würde zu einem bürokratischen Aufwand führen und ist nicht notwendig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Mehrheitsfraktion und die Bayerische Staatsregierung wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten in Stadt und Land. Deshalb ist es immer wieder unsere große Aufgabe und unsere große Herausforderung, gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen. Dies tun wir mit unserer Heimatstrategie und unserem Heimatministerium, das ganz bewusst in einer Großstadt eingerichtet wurde. Ich denke, dies war eine sehr gute Entscheidung.

Ich möchte mich ganz herzlich bei unserem Staatsminister Dr. Markus Söder, aber auch bei unseren beiden Staatssekretären im Finanzministerium, Albert Füracker und Johannes Hintersberger, für diese wirklich sehr gute Arbeit bedanken. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Diese Heimatstrategie, die für die Großstädte, die Städte und für die Gemeinden gilt, wird die Landespolitik weiterhin prägen. Sie ist positiv für Stadt und Land. Die ganz entscheidende Zielrichtung ist dabei der Grundsatz "aktivieren statt alimentieren". Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, diesen Grundsatz sollten Sie auch beim Thema Länderfinanzausgleich bedenken.

Lieber Herr Kollege Dr. Kränzlein, ich möchte ganz kurz zu den Fragen kommen, die Sie angesprochen haben. Die Heimatstrategie besteht aus fünf Säulen, die die Großstädte, die Städte und die Gemeinden betreffen und die ich nennen möchte: der kommunale Finanzausgleich, die Strukturentwicklung für ganz Bayern, die natürlich auch für die Großstädte gilt, der Breitbandausbau, die Nordbayern-Initiative und die Behördenverlagerungen.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum kommunalen Finanzausgleich sagen. Das ist für unsere Kommunen, ob klein oder groß, ein ganz entscheidender Punkt. Ich spreche der Staatsregierung meine große Anerkennung dafür aus, dass wir im Jahr 2015 mit 8,3 Milliarden Euro den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten beschlossen haben. Sie haben soeben bestimmte Personen zitiert. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden haben auch der CSU-kritische Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, und der SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, der auch der Präsident des Deutschen Städtetages und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages ist, diesem Finanzausgleich zugestimmt. Das gilt auch für den Präsidenten des Bayerischen Bezirktages, Herrn Josef Mederer.

Als Vertreter des ländlichen Raumes habe ich mich sehr über die Schlüsselzuweisungen gefreut. Ich komme aus einer ländlichen Region, die in einen Raum mit besonderem Handlungsbedarf aufgenommen worden ist. Glücklicherweise ist bei uns die Steuerkraft massiv angestiegen. Als Kreisrat und stellvertretender Landrat hatte ich die große Sorge, dass die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2015 massiv geringer ausfallen werden. Herr Dr. Kränzlein, das Gegenteil ist der Fall. Wir haben trotz der starken Steigerung der Steuerkraft sogar noch mehr Schlüsselzuweisungen bekommen als im Jahr 2014 oder den Jahren davor.

Beim Thema FAG ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass strukturelle Verbesserungen vorgenommen werden, zum Beispiel durch die Einführung der Stabilisierungshilfen, durch eine deutliche Erhöhung der Bedarfszuweisungen und durch die Verlängerung des demografischen Faktors bei den Schlüsselzuweisungen auf zehn Jahre zugunsten strukturschwacher Kommunen.

Die zweite Säule ist die Strukturentwicklung für ganz Bayern durch die Schaffung weiterer Räume mit besonderem Handlungsbedarf. Dies ist ein entscheidender Punkt der sogenannten Heimatstrategie.

Der Breitbandausbau ist die dritte Säule. Wir werden in den nächsten Jahren eine digitale Revolution in ganz Bayern erleben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nehmen bundesweit dafür eine Summe von insgesamt zwei Milliarden Euro in die Hand. Allein der Freistaat Bayern bringt 1,5 Milliarden Euro auf. Das ist eine zukunftsweisende Politik, die der Freistaat Bayern für die Großstädte, die Städte und die Gemeinden betreibt.

(Beifall bei der CSU)

Auch die vierte Säule spielt eine entscheidende Rolle, die sogenannte Nordbayern-Initiative. Sie ist ebenfalls ein wichtiges Signal an den ländlichen Raum. Ich nenne das Stichwort weitere Investitionen im Bereich der Hochschulen.

Die fünfte Säule ist die Behördenverlagerung. Dieser Punkt ist sowohl für den Großraum als auch für die ländlichen Kommunen sehr wichtig. Die Behördenverlagerung, die in den nächsten Jahren vollzogen wird, schafft im gesamten Freistaat Bayern neue Chancen. Abschließend betone ich, dass Behördenverlagerungen immer im Einvernehmen mit unseren Beamtinnen und Beamten durchgeführt werden und dass niemand gegen seinen Willen irgendwohin versetzt wird. Dazu hat unser Minister klare Aussagen gemacht. Diese sehr wichtige Botschaft muss immer wieder betont werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel sage ich im Rahmen meiner zeitlich vorgegebenen Möglichkeiten. Wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Das betrifft sowohl unsere Großstädte und Städte als auch unsere Gemeinden im gesamten Freistaat Bayern. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unserem Finanzminister für diese wichtige, zukunftsweisende Arbeit, die zum Wohl unserer Kommunen geleistet wird. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bitte schön, Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war sehr erstaunt über die Ausführungen des Kollegen Herold, der zuletzt gesagt hat, im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten müsse er jetzt aufhören. Es wäre sehr viel einfacher gewesen, dem Antrag zuzustimmen und dann im Ausschuss intensiv über diese Materie in der gebotenen Breite und Tiefe zu debattieren. Die eingangs angegebene Begründung für die Ablehnung, es sei ein zu großer bürokratischer Aufwand, darüber im Ausschuss zu reden - -

(Hans Herold (CSU): Ich habe nicht ein "zu großer" gesagt!)

– Ihre Aussage, dieser Antrag müsse wegen eines großen bürokratischen Aufwands abgelehnt werden, macht mich angesichts der Themen, die sich in dem Antrag widerspiegeln, etwas sprachlos. Richtig verstanden, war der Antrag zunächst nur ein Berichtsantrag: Der Minister möge über die Themen Landesplanung, regionale Entwicklungsplanung zur Entschlackung von Großstädten, was auch immer damit gemeint ist, zum kommunalen Finanzausgleich – das ist eine ganz zentrale Frage – und zur Strukturentwicklung berichten. Das ist angesprochen worden. Erwähnt wurden auch der Nordbayern-Plan und die Frage, ob man einen Gesamtbayernplan erarbeiten muss.

Solche Themen sollte man, mit Verlaub gesagt, nicht allein der Staatsregierung überlassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein vernünftiges Selbstverständnis dieses Plenums lässt es geboten erscheinen, dass sich auch der Landtag mit diesen für Bayern ganz zentralen Entwicklungsfragen befasst. Es ist unangemessen, zu sagen: Das ist ein großer Aufwand, deswegen machen wir es nicht. – Man wird der Bedeutung der Aufgaben und den Möglichkeiten, die nicht nur die Staatsregierung, sondern auch der Landtag hat, nicht gerecht, wenn man an dieser Stelle die Themen nicht weiter verfolgt.

Die Ablehnung verdeckt auch, dass wir gerade beim Thema Landesplanung schon eine ganze Reihe von Versäumnissen der Staatsregierung gegenüber dem Landtag zu vermelden haben. Ich darf nur erwähnen, dass der Raumordnungsbericht seit Ende

des Jahres 2013 aussteht. Von diesem Bericht wären sicherlich ein gutes Stück weit Antworten auf die Fragen zu erwarten gewesen, die auch mit dem vorliegenden Berichtsantrag aufgeworfen werden.

Ich darf außerdem daran erinnern, dass das Plenum des Landtags noch in seiner alten Zusammensetzung die Staatsregierung aufgefordert hat, dem Landtag ein überarbeitetes Zentrale-Orte-System als Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms vorzulegen. Auch in der Konzeption der Frage, was zentrale Orte für die Gesamtentwicklung des Raumes zu leisten haben, steckt eine ganze Reihe der Fragen, die mit diesem Antrag aufgeworfen werden. Die Kolleginnen und Kollegen der CSU wollen an dieser Stelle diesen Bericht nicht erhalten und eine Diskussion darüber nicht führen. Das ist ein Kotau gegenüber der Staatsregierung, der weder richtig noch veranlasst ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, lieber Kollege Herold, es ist wirklich notwendig, über die Themen im Parlament in ganzer Fülle und Breite zu debattieren. Die Menschen draußen erwarten das.

Der Heimatbericht, den wir gestern vorgelegt bekommen haben, bedeutet natürlich auch nicht die ganze Wahrheit. Das wissen Sie und wir. Ich empfehle deswegen durchaus, nicht nur den Heimatbericht zu studieren, sondern auch, sich an die Ausführungen der Staatsregierung zu erinnern, die sie gemacht hat, als im Jahr 2013 mit Brüssel die Frage zu klären war, ob die Grenzregionen im bayerischen Raum noch Fördergebiet bleiben. Das war eine Zeit lang bei der Vorbereitung der aktuellen Förderphase 2014 bis 2020 auf europäischer Ebene nicht ganz klar. Dabei hat Herr Minister Söder Bayern anders als mit den Zahlen, die er gestern präsentiert hat, dargestellt; andernfalls hätte er in Brüssel keinen Erfolg gehabt. Die Staatsregierung weiß also schon Bescheid, wenn auf die Diskrepanz zwischen den wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen beispielsweise in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner hingewiesen wird. Der Landkreis München weist ein etwa dreimal so großes Bruttoinlandsprodukt auf als dasjenige, das die Einwohner in den Grenzregionen erwirtschaften. Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der Patenthäufigkeit im

Lande. Dabei zeigen sich auch Unterschiede im Vergleich mit anderen Bundesländern. Solche Daten weisen darauf hin, dass nicht alles glänzt. Es gibt also beste Gründe, diesem Antrag zuzustimmen, und wir werden das aus Überzeugung tun. Die Kollegen der CSU sollten sich diesem Stimmverhalten anschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, kommen Sie bitte für eine Zwischenbemerkung noch einmal ans Rednerpult. – Bitte schön, Herr Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Ich möchte etwas klarstellen, Herr Muthmann. Sie haben immer wieder betont, wir würden den Antrag wegen des bürokratischen Aufwands ablehnen. Das ist nur ein Teil der Gründe, weswegen wir den Antrag ablehnen. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass wir beispielsweise bei Finanzempfängen und aus den vorhandenen Broschüren entsprechende Informationen erhalten haben. Möglicherweise haben auch Sie sie bekommen. Der Aufwand begründet nur zu einem Bruchteil, weshalb wir ein ablehnendes Votum abgeben werden.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Ja, aber ich meine, dass die Empfänge, zu denen Herr Minister Söder landauf, landab einlädt, nicht eine ernsthafte Auseinandersetzung im Bayerischen Landtag zu diesen essenziellen Fragen ersetzen oder ergänzen können. Die Empfänge können vielleicht ein wenig illustrieren oder ein bisschen glänzen. Aber wir möchten auch in dieser Runde arbeiten. Deswegen plädiere ich für die Unterstützung des Antrags; er ist notwendig und richtig. Sie sollten das Nötige endlich einfordern, sodass die Staatsregierung gegenüber dem Landtag Rechenschaft ablegt und Berichte zur Raumordnung und zum Zentrale-Orte-System sowie zu dem Antrag, über den wir heute beraten, einreicht. An dieser Haltung ändert sich nichts. Das bisschen Aufwand erbringen wir gerne. Dafür sitzen wir im Landtag, dafür sind wir gewählt, und dafür wollen wir arbeiten.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Füracker um das Wort gebeten.

(Zurufe: Herr Ganserer!)

Entschuldigen Sie; das war keine Absicht. Bitte.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar grundsätzliche Anmerkungen, bevor ich zum eigentlichen Inhalt meines Beitrags komme. Der Antrag der SPD mag in seiner ursprünglichen Fassung einigermaßen verschachtelt gewesen sein, aber er war auch in dieser ursprünglichen Fassung ein reiner Berichtsantrag. Und eigentlich gehört es zum guten Ton in diesem Hohen Hause, dass man einem Berichtsantrag zustimmt. Daher finde ich es bedauerlich, dass er in der ursprünglichen Fassung im Finanzausschuss einfach abgelehnt worden ist. Zugleich möchte ich positiv herausstellen, dass wir im Wirtschaftsausschuss, wo wir den Antrag mitberaten haben, ein relativ gutes Arbeitsklima haben und dort einen einstimmigen positiven Beschluss zu dem Antrag in einer geänderten Fassung erreicht haben.

Jetzt zum Inhaltlichen: Der Verfassungsauftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen, wird uns mit Sicherheit nicht nur in dieser, sondern auch noch weit über diese Legislaturperiode hinaus beschäftigen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erst vor einem halben Jahr haben wir mit einem einstimmigen Beschluss eine Enquete-Kommission zu diesem Thema eingesetzt. Hier muss ich Kollegen Herold widersprechen: Wenn wir hier kein Problem und keinen Handlungsbedarf hätten oder alle Antworten und Lösungen schon in Hochglanzbroschüren gedruckt wären, dann hätten wir uns diese Enquete-Kommission und die Arbeit in dieser Kommission sparen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Kollege Muthmann hat vollkommen recht: Die Staatsregierung hat noch eine ganze Reihe von Hausaufgaben abzuarbeiten. Das ist nicht nur der Raumordnungsbericht. Ich finde es bedauerlich, dass wir, als wir vor Weihnachten in der Enquete-Kommission diskutiert haben, auch mit Vertretern des Ministeriums, und nachgefragt haben, wann denn der Heimatbericht verfügbar sein wird, ob wir den zur ersten Sitzung im neuen Jahr bekommen, zur Antwort erhalten, das wisse man nicht; dann ist die Sitzung am vergangenen Dienstag, und am Mittwochvormittag stellt der Heimatminister seinen Heimatbericht vor. Das ist keine sonderlich kollegiale Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Hohem Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den kommunalen Finanzen hat die Enquete-Kommission eines von sieben Kapiteln gewidmet. Das zeigt, dass wir uns mit diesen Fragen intensiv auseinandersetzen müssen. Da geht es zum Beispiel um die grundsätzliche Frage, welche Aufgaben der Daseinsvorsorge die Kommunen zu leisten haben, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu erreichen, und welche Finanzausstattung sie dazu brauchen. Es geht auch um Detailfragen, zum Beispiel um die, ob die Stabilisierungshilfen weiter erhöht werden müssen oder ob die Schlüsselzuweisungen einen höheren demografischen Faktor brauchen. Diese Fragen werden wir in der Enquete-Kommission diskutieren. Selbstverständlich stellt sich bei dieser Debatte auch die Frage: Wer zahlt und was bedeutet das für die Städte? – Auch das wäre eine berechtigte Frage aus dem ursprünglichen Antrag.

Wenn auch der Finanzminister schon in seiner Regierungserklärung und gestern bei der Vorstellung des Heimatberichts, der aus unserer Sicht nicht detailliert genug ist und aufgrund der falschen Parameter ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit liefert, einige Punkte zum kommunalen Finanzausgleich aufgreift, so halten wir die Forderung nach einem detaillierten Bericht, wie man den kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln könnte, durchaus für begründet. Wir fänden ihn für die Arbeit der Enquete-Kom-

mission sinnvoll und notwendig. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Antrag der SPD in geänderter Fassung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Staatssekretär Füracker das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kränzlein, ich darf Ihnen sagen: Die Ich-AG Söder hat offensichtlich hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung erhalten, wie wir gesehen haben. So verkehrt kann das alles gar nicht sein, was wir machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen, das große Ziel der Bayerischen Verfassung, wird täglich bei uns bearbeitet, und in der Umsetzung sind wir schon einige Schritte vorangekommen. Im Übrigen ist der ländliche Raum insgesamt in einer weit- aus besseren Lage, als manche hier der Öffentlichkeit dauernd klarmachen möchten.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten aufhören, alles schlechtzureden. Es ist richtig, die Probleme zu benennen. An denen arbeiten wir. Die Menschen im ländlichen Raum sind sehr selbstbewusst. Wenn die sich ständig anhören müssen, wie hinterwäldlerisch wir dort leben – ich bin nämlich auch jemand, der in einem Dorf mit 150 Einwohnern im ländlichen Raum wohnt –, dann, glaube ich, zeigt das auch, dass die Wertschätzung nicht so groß ist, wie sie sein sollte.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wer behauptet solche Dinge überhaupt?)

Meine Damen und Herren, unser Problem ist doch ein ganz anderes: Die demografische Entwicklung ist unser Problem. Wir haben, Gott sei Dank, keine Flucht aus den ländlichen Bereichen; wir haben nur in sieben bayerischen Landkreisen einen negati-

ven Wanderungssaldo. Wir haben aber in 20 Landkreisen einen Rückgang der Bevölkerung, weil wir dort einen Sterbefallüberschuss haben, den mangelnder Zuzug dort nicht ausgleichen kann. Dieses Problem haben die großen Städte in Bayern eben nicht.

Der Zuzug nach Bayern hält an. Alle Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in Bayern bis zum Jahr 2030 sagen, dass immer noch mehr Menschen, vorrangig aus anderen Bundesländern, nach Bayern kommen, freiwillig und gerne. Obwohl die Opposition ständig erklärt, dass in Bayern alles so furchtbar ist, kommen die Menschen zu uns.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt ist unser Ziel, dass dieser Zuzug nicht nur in München, in Regensburg und in Ingolstadt stattfindet, sondern in ganz Bayern, gerne auch im ländlichen Raum. Ich glaube, dagegen haben nicht einmal diejenigen etwas, die heute meinen, hier darstellen zu müssen, dass unser besonderer Einsatz für den ländlichen Raum den Städten Schaden zufügen würde. Ich kann mich über dieses Argument nur wundern.

Der Zuzug im ländlichen Raum ist wichtig. Ich glaube nicht, dass es hier einen Widerspruch gibt. Das geht auch nicht gegen die Städte. Diese besondere Förderung des ländlichen Raumes und die Förderung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf steht im LEP, verabschiedet vom Bayerischen Landtag. Dieser Raum mit besonderem Handlungsbedarf erfordert in der Aufgabenstellung auch Antworten. Diese Antworten gibt die bayerische Heimatstrategie.

Jetzt frage ich schon: Wer hat denn wie oft schon hier im Landtag per Regierungserklärung berichtet? All die Dinge sind hier diskutiert worden. Wie oft sollen wir es denn noch erklären? Vielleicht sollten wir die Regierungserklärung genutzt haben, ordentlich mitzudiskutieren, dann auch tatsächlich den Heimatbericht von gestern wenigstens einmal lesen, und dieser Heimatbericht kommt jetzt jährlich, das wird nicht der einzige bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Antrag ist eigentlich längst erledigt. Wir haben bei uns im Ministerium eine klare Strategie für den ländlichen Raum, aber keine Strategie gegen die Städte. Das ist doch wirklich eine Unterstellung, die in keiner Weise zutrifft. Fakt ist doch Folgendes: dass die kleinen Gemeinden im strukturschwächeren Raum des Freistaates Bayern große Probleme haben und händeringend danach suchen, wie sie ihre eigene Situation verbessern können. Deswegen helfen wir im Einklang mit Gemeindetag und Landkreistag diesen Gebieten, diesen Gemeinden.

(Beifall des Abgeordneten Martin Schöffel (CSU))

Ich sage Ihnen eines: Ob der Raumordnungsbericht im Januar 2015 vorliegt oder im April 2015, das ist den Bürgermeistern im ländlichen Raum relativ egal. Ich bin so viel im Land unterwegs; mich hat noch nie ein Bürgermeister gefragt: Bitte, Staatssekretär, wann kommt endlich der Raumordnungsbericht?

(Beifall bei der CSU)

Das sind Dinge, die offensichtlich nur die Opposition interessieren. Der Raumordnungsbericht wird im ersten Vierteljahr kommen. Aber auch der wird Bayern garantiert nicht retten.

Kritik statt Strategie, das ist offensichtlich Ihre Masche bei dem Thema. Ich habe nämlich noch nicht einen einzigen Vorschlag gehört, der abweichend von dem, was wir sagen, den kleinen Gemeinden wirklich substantiell etwas bringen würde, sondern nur Kritik.

(Beifall bei der CSU)

Bürgermeister sagen mir: Lieber Herr Staatssekretär, ich habe eine Autobahnausfahrt, und ich hätte einen Betrieb, der sich dort gerne ansiedeln würde, das geht aber nicht, weil das Anbindegebot genau das verhindert. Dann sage ich dem Bürgermeister:

Mach dir keine Sorge, der Betrieb soll in die Stadt gehen, so sieht es das Landesentwicklungsprogramm vor – und offensichtlich diejenigen, die jetzt Angst haben, wenn einmal ein Betrieb aus der Stadt hinausgeht und in einer kleinen Gemeinde investiert. Wir wollen etwas ermöglichen, darum geht es: etwas zu ermöglichen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe: Wir wollen noch abstimmen!)

– Ach, wir können nicht mehr abstimmen? – Dann stimmen wir halt das nächste Mal ab, das macht doch nichts.

(Zurufe: Nein!)

– Dann stimmen wir ab.

(Staatssekretär Albert Füracker verlässt das Rednerpult – Allgemeiner Beifall – Inge Aures (SPD): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, vielen Dank. Damit haben Sie mich in die Lage versetzt, jetzt noch über den Antrag abstimmen zu lassen.

Die Aussprache ist geschlossen – mit dem großen Entgegenkommen des Herrn Staatssekretärs. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag in der Neufassung des Wirtschaftsausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt geben, und zwar geht es um den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge", Drucksache 17/5003: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit schließe ich die Sitzung. Danke schön.

(Schluss: 18.30 Uhr)